

OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS  
Generalsekretär



Österreichischer  
Städtebund

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89981  
Fax +43 (0)1 4000 7135  
post@staedtebund.gv.at  
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Bundeskanzleramt Österreich  
Bereich I/B 1 - IKT-Strategie des Bundes  
ikt@bka.gv.at und post@digitalroadmap.gv.at

Wien, 31. März 2016

## **Digital Roadmap - Positionspapier des ÖStB**

Sehr geehrte Damen und Herren!

### **Einleitung**

Der Österreichische Städtebund begrüßt die Initiative des Bundes, angeführt von den beiden Staatssekretären Steßl und Mahrer, den Weg Österreichs in die digitale Zukunft mit vereinten Kräften aller wesentlichen Stakeholder des Landes und unter Einbindung der Öffentlichkeit zu planen und strukturiert voranzutreiben. Die digitale Durchdringung aller Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche stellt insbesondere auch die Städte und Gemeinden als unmittelbarste Anlaufstelle der BürgerInnen für fast alle Lebensbereiche vor neue Herausforderungen aber auch neue Chancen in der Erbringung der vielfältigen Leistungen der Daseinsvorsorge. Der kommunalen Ebene kommt in diesem Zusammenhang eine besondere soziale Verantwortung zu, gilt es doch für alle Bürgerinnen und Bürger gleichsam zu sorgen und trotz fortschreitender Digitalisierung und den damit zweifellos verbundenen Vorzügen nicht die Schwächeren der Gesellschaft unter die „digitalen Räder“ kommen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund sieht sich der Österreichische Städtebund als Interessensvertretung der Städte und Gemeinden sowohl als Begleiter seiner Mitglieder ins digitale Zeitalter als auch als moralische Instanz zur Vermeidung eines „Digital Divide“ in der Bevölkerung. Bei aller Notwendigkeit und Ambition zur fortschreitenden Digitalisierung darf daher neben vielen anderen wichtigen Fragestellungen wie Datensicherheit, Schutz der Privatsphäre der ethische Aspekt dieser Entwicklung nicht aus den Augen verloren werden.

Die Städte und Gemeinden als kleinste staatliche Einheit und Keimzelle des gesellschaftlichen Miteinanders sehen sich daher in der Verantwortung, die Digitalisierung mit Bedacht auf Ihre Rolle voranzutreiben und gleichzeitig potentielle Gefahrenquellen aufzuzeigen.

Im Kontext der Debatte ist auch zu berücksichtigen, dass die Städte aufgrund ihrer zentralörtlichen Aufgabenvielfalt auch bei der Digitalisierung in wesentlich höherem Maße gefordert sind und dieser Mehraufwand daher beim Finanzausgleich seinen Niederschlag finden muss.

# Die Position des Österreichischen Städtebundes im Kontext der Handlungsfelder der Digital Roadmap

## Handlungsfelder Bildung, Integration und Inklusion

Das Fundament der Bildung und Integration – auch im Bereich der digitalen Medien - wird in der Primarstufe (Volksschule) und in der Sekundarstufe I (Hauptschule/NMS, Unterstufe AHS) gelegt. Digitale Integration, die Schaffung digitaler Mündigkeit – sie findet in diesem Lebensabschnitt ihren Anfang. Städten und Gemeinden kommt dabei in ihrer Rolle als Pflichtschulerhalter die Aufgabe der Bereitstellung der Infrastruktur, und somit auch der IT-Ausstattung, zu. Diese ist jedoch inhaltlich nicht geregelt und führt bei den Kommunen zu beträchtlichen finanziellen Belastungen.

Eine Einführung von verbindlichen bundesweiten, produkt- und herstellerneutralen IT-Bildungsstandards im Bereich der Grundschule wäre eine Grundvoraussetzung für einen effizienten IT-Einsatz. Diese IT-Standards müssen sich rein an der Zielkompetenz je Schulstufe orientieren und sollten daher auch laufend evaluiert werden. Nur so kann es gelingen, die Jüngsten der Gesellschaft an einen mündigen Umgang mit digitalen Medien heranzuführen.

Auf der Kostenseite wäre es in jedem Fall notwendig, die Städte und Gemeinden bei Ihrer Aufgabe als Bereitsteller der schulischen Infrastruktur im Wege des Finanzausgleichs zu entlasten, ohne dies jedoch auf die Eltern zu überwälzen.

Schließlich darf nicht übersehen werden, dass die Städte gerade auch im Bildungsbereich eine wichtige zentralörtliche Funktion innehaben.

## Handlungsfeld Gesellschaft

Den Städten und Gemeinden kommt im Rahmen der Daseinsvorsorge eine maßgebliche Aufgabe als Bereitsteller und Erhalter physischer wie auch sozialer Infrastruktur zu. Stadt- und Raumplanung unter Berücksichtigung vieler Einflussfaktoren, wie natürlich auch Verkehr und Mobilität, stellen eine zentrale kommunale Kernkompetenz dar. Insbesondere in den mittleren und größeren Städten mit ihren historischen Stadtkernen wäre die Möglichkeit eines intelligenten – „smarten“ – Verkehrsmanagements, wie es in anderen europäischen Städten bereits üblich ist, sehr wünschenswert, ist jedoch derzeit in Österreich aus rechtlicher Sicht nicht realisierbar.

Der Österreichische Städtebund plädiert daher dafür, dass im Rahmen der „Digital Roadmap“ nicht nur die technischen, sondern auch die rechtlichen Voraussetzungen für ein intelligentes elektronisches Verkehrsmanagement geschaffen werden.

Die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Entwicklung von Städten zu „Smart Cities“ ist unbestritten. Doch auch hier darf die soziale Verantwortung, welche den Kommunen obliegt, nicht aus den Augen verloren werden. Gerade im Bereich Gesundheit und Pflege ist es ein Anliegen des Österreichischen Städtebundes, den Ausbau innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien dahingehend zu optimieren, dass Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen wie auch älteren Mitmenschen ein möglichst langes Verbleiben im eigenen Haushalt ermöglicht wird.

### **Handlungsfeld Wirtschaft**

Die "Ökonomie des Teilens" (Share Economy) wird oft als Hoffnungsträger für mehr soziale Verantwortung und Ressourcenschonung gesehen. Projekte wie privates Car- und Food-Sharing oder City Bikes sind positiv, werden doch Ressourcen deutlich besser genutzt. Diese Entwicklung als solche ist überdies nicht neu, umgelegt auf die neuen Medien jedoch mit bisher nie dagewesener Breitenwirkung.

In der kommerziell orientierten Share Economy ermöglicht es die massenhafte Verbreitung von Internet und Smartphones, AnbieterInnen und NutzerInnen in Sekundenschnelle zu verbinden – und das global. Neue Unternehmen - beispielsweise im Bereich der Nächtigungsbetriebe und des Transportgewerbes - bieten über Apps MikrounternehmerInnen die Möglichkeit, direkt mit den KundInnen in Kontakt zu treten.

Solche innovative Ideen werden positiv gesehen, wenn sie den Menschen nutzen. Die Grenzen von innovativen Geschäftsmodellen liegen jedoch dort, wo die Interessen der BürgerInnen/KonsumentInnen und des fairen Wettbewerbs betroffen sind.

Bei der kommerziell orientierten Share Economy muss darauf geachtet werden, dass alle MarktteilnehmerInnen die gleichen Bedingungen vorfinden. Es darf zu keinen unfairen Wettbewerbsvorteilen kommen wie zum Beispiel durch die Umgehung von steuer- oder sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften.

Der Österreichische Städtebund fordert daher ein, im Rahmen der Digitalen Roadmap die Entwicklung der digitalen Wirtschaft mit Augenmaß dahingehend zu unterstützen, dass in Österreich der Schritt von einer Share- zur „Fair-Economy“ gesetzt wird.

### **Handlungsfeld Arbeit und Arbeitsplätze**

Rund 2.100 Städte und Gemeinden stellen in Summe einen der größten öffentlichen Dienstgeber Österreichs dar. Die zunehmende Digitalisierung bedeutet einerseits Verwerfungen am Arbeitsmarkt indem immer stärker die Gefahr besteht, maßgebliche Teile einer Generation am Arbeitsmarkt zu verlieren, da sie den steigenden Anforderungen - unter anderem auch an eine digitale Kompetenz - nicht gewachsen sind. Andererseits stehen dem gegenüber sehr hohe Erwartungen junger, sehr gut ausgebildeter Menschen an IT-Ausstattung durch den Arbeitgeber und eine Mobilität des Arbeitsplatzes sowie Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung.

Als Interessensvertretung der Städte und Gemeinden sieht der Städtebund diese Entwicklung als große Herausforderung. Im Gemeindedienst kann der Anspruch junger, sehr gut ausgebildeter Menschen nach zeitlicher und räumlicher Mobilität nur sehr eingeschränkt erfüllt werden, da in den meisten kommunalen Aufgabenbereichen (Kindergärten, Pflichtschulen, Seniorenheim, Straßendienst, Wasserwerk, Kläranlage, Friedhof u.v.m.) die räumliche Nähe zu den BürgerInnen maßgeblich ist und eine zeitliche Flexibilität der Aufgabenerbringung ebenfalls nur in beschränktem Rahmen möglich ist. Einen hohen Grad an Mobilität am Arbeitsplatz erschwert auch der Umstand, dass gerade im hoheitlichen Bereich vielfach mit schutzwürdigen Daten von BürgerInnen gearbeitet wird und digitale Mobilität (begünstigt durch Cloud Computing, BYOD<sup>1</sup> etc.) auch sehr hohe Datensicherheitsansprüche mit sich bringt, die sich umgekehrt wiederum in hohen Kosten – und auch Risiken - für den Dienstgeber niederschlagen.

Mögen kommunale Dienstgeber allenthalben auch nicht den hohen Ansprüchen der hochqualifizierten „Digital Natives“ an IT-Infrastruktur und Mobilität entsprechen, so bieten sie im Gegenzug aber vielfach eine Beschäftigung unmittelbar am Wohnort, was sowohl aus verkehrspolitischer (Pendlerströme) wie auch sozialer Perspektive (Verbindung Arbeitsplatz und Familie) nicht zu unterschätzende Vorzüge mit sich bringt und die Attraktivität der Städte und Gemeinden als Dienstgeber trotz vielleicht eingeschränkter digitaler Mobilität nicht vermindern sollte.

---

<sup>1</sup> BYOD – Bring your own device

Aus Sicht des Städte und Gemeinden ist angesichts angespannter öffentlicher Haushalte und den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in Zusammenhang mit Maßnahmen der Digitalisierung bei der Erstellung einer digitalen Roadmap in jedem Fall auch die Frage der Kosten-Nutzen-Relation aus verschiedenen Gesichtspunkten (wirtschaftliche, soziale, ethische etc.) zu beleuchten. Dem Angebot an leistbaren und sicheren IT-Produkten wird daher eine entscheidende Bedeutung zukommen.

### **Handlungsfeld Politik und Verwaltung**

Die Städte und Gemeinden als unmittelbare Nahtstelle der öffentlichen Verwaltung zu den BürgerInnen erbringen eine Fülle an hoheitlichen wie auch privatwirtschaftlichen Leistungen. Im Gegensatz zu marktwirtschaftlich ausgerichteten, nachfrageorientierten Unternehmen sehen sich die Kommunen Ihren BürgerInnen verpflichtet, diese Leistungen in bestmöglicher Qualität zu sozial verträglichen Rahmenbedingungen und technisch auf der Höhe der Zeit zu erbringen.

Der Österreichische Städtebund unterstützt seine Mitglieder intensiv bei der Umsetzung und Nutzung von E-Government, sei es durch eine unmittelbare Bereitstellung von E-Government-Services (z.B. E-Formularservice) als auch konzeptiv im Rahmen seiner „Digitalen:Städte“-Initiative.

Im gemeinsamen Interesse einer umfassenden Nutzung von E-Government wäre aus Sicht des Österreichischen Städtebundes eine pro-aktive Unterstützung durch den Bund und die Länder wünschenswert. Dies betrifft einerseits eine Evaluierung und Anpassung des Rechtsbestandes, um durchgängige elektronische Verfahren zu ermöglichen bzw. zu erleichtern (so wäre z.B. in Abänderung von § 17 E-GovG. eine automatische Zurverfügungstellung von Nachweisen/Ermöglichung von Registerabfragen in Verfahren zweckmäßig), andererseits eine Konsolidierung der Register- und sonstigen Anwendungen des Bundes und der Länder (vielfache Daten-Einmelde- und Wartungsverpflichtungen seitens der Gemeinden, die teilweise mit hohem Aufwand verbunden sind – z.B. Adress-GWR-Erfassung) und schlussendlich eine Schaffung von echten Anreizen für eine Nutzung von E-Government durch die BürgerInnen.

Um den Ansprüchen der BürgerInnen an moderne Städte gerecht zu werden, müssen auch technische und rechtliche Rahmenbedingungen für eine elektronische BürgerInnenbeteiligung (Umfragen etc.) geschaffen werden. Bedarf an solchen Beteiligungsformen ist nach den Erfahrungen der Städte auf jeden Fall gegeben.

Eine weitere Herausforderung der heutigen Zeit ist die Sprachenvielfalt, der sinnvoller Weise künftig auch mit technischer Unterstützung begegnet werden muss. Die Einsatzmöglichkeiten von Übersetzungsprogrammen können jedoch nicht lokal geprüft und beurteilt werden. Ein bundeseinheitliches Vorgehen ist hier durch laufendes Monitoring sicher zu stellen.

### **Handlungsfeld Infrastruktur**

Städte und Gemeinden sind zweifellos der wichtigste Bereitsteller von Basis-Infrastruktur zur Erfüllung von elementaren Bedürfnissen der Daseinsvorsorge (Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentliche Beleuchtung, etc.). Da eine Versorgung mit leistungsfähigen Internet-Bandbreiten immer mehr zu einem Grundbedürfnis wird und um den ökonomischen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine Bereitstellung von Hochleistungs-Breitbandinfrastruktur nach Ansicht der österreichischen Städte und Gemeinden mittlerweile als unerlässlicher Gegenstand der Daseinsvorsorge zu sehen. Vor diesem Hintergrund stellt der Ausbau der Breitbandinfrastruktur aus Sicht des Österreichischen Städtebundes auch eine essentielle staatliche Aufgabe dar, die einer zentralen Planung und Ausführung, entkoppelt von privatwirtschaftlichen Partikularinteressen, bedarf.

Die Städte und Gemeinden sollten in diesen Prozess auf Augenhöhe eingebunden und unbürokratisch bei dem von ihnen leistbaren Beitrag zum Ausbau der Breitband-Infrastruktur – beispielsweise der Leerrohr-Mitverlegung bei kommunalen Bauvorhaben – unterstützt werden. Auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen aus den Mitgliedsstädten fordert der Österreichische Städtebund eine aktivere Einbindung bei geplanten und oftmals mit beträchtlichen Aufwänden verbundenen Verpflichtungen der Städte und Gemeinden (aktuell am Beispiel der ZIS<sup>2</sup>-Einmeldeverordnung der RTR<sup>3</sup>) sowie bundesseitige Förder- und Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Breitbandförderung des BMVIT/FFG), die an den tatsächlichen Anforderungen und Rahmenbedingungen der Kommunen ausgerichtet – und auch mit vertretbarem Aufwand abrufbar – sind. Eine Ausgrenzung der Städte aus der Förderkulisse widerspricht dem Ziel einer raschen Verbreitung von breitbandigem Internet und ist aus Sicht des Österreichischen Städtebundes nicht tragbar.

---

<sup>2</sup> ZIS – Zentrale Informationsstelle für Infrastrukturdaten

<sup>3</sup> RTR - Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH

## Handlungsfelder Sicherheit, Schutz und Vertrauen

Städte und Gemeinden tragen in hohem Maße Verantwortung für die Pflege sensibler personenbezogener Daten, die Bandbreite reicht von Meldedaten (ZMR), den Personenstand (ZPR) über den Adress- und Gebäudebestand (AGWR) bis hin zu Datenbeständen im Bereich des Sozialwesens oder der Jugendwohlfahrt. Vor dem Hintergrund dieser hohen Verantwortung seiner Mitgliedsgemeinden gegenüber den BürgerInnen sieht der Österreichische Städtebund auch die stark steigende Tendenz zur freiwilligen und unreflektierten Preisgabe von persönlichen Daten durch die BürgerInnen im Alltag (in sozialen Medien, beim Einkauf, für kleinere oder größere Komfortfunktionen am Smartphone, etc.) sehr kritisch. Hinter dem Schlagwort „Big Data“ verbirgt sich in diesem Zusammenhang zusehends die Gefahr eines Missbrauchs von persönlichen Daten zu kommerziellen, aber auch anderen, gesellschaftlich nicht erwünschten Zwecken. Daher fordert der Österreichische Städtebund ein, dass im Rahmen der „Digital Roadmap“ auch ein gewichtiger Schwerpunkt zur Förderung der digitalen Kompetenz und der digitalen Mündigkeit der AnwenderInnen von Informations- und Kommunikationstechnologien gesetzt wird.

Weiters sollte auch die Öffnung der Datenbestände der Körperschaften öffentlichen Rechts, wie beispielsweise im Rahmen von OGD<sup>4</sup>, PSI<sup>5</sup> und dem IFG<sup>6</sup> stets auch im Spannungsfeld der „Big Data“-Problematik abgewogen werden. Eine - im Handlungsfeld Zukunft vorgeschlagene - Ethikkommission könnte hier eine fachlich fundierte Begleitung vornehmen.

## Handlungsfeld Zukunft

Alle Inhalte der „Digitalen Roadmap“ drehen sich um die Zukunft der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt sich rasant verändernder Rahmenbedingungen durch die fortschreitende Digitalisierung. Doch es besteht die sehr reale Gefahr, dass diese Entwicklung nicht nur Gewinner kennt, sondern auch viele Mitmenschen am Weg verliert. Hinzu ergeben sich vielfältige und neuartige Probleme, auf die es vielfach noch keine oder nur ansatzweise Antworten gibt.

Die Bandbreite reicht von der Resilienzdebatte in Form einer Überforderung der Menschen und den Verlust der „Work-Live-Balance“ durch das Verschwimmen

---

<sup>4</sup> OGD – Open Government Data

<sup>5</sup> PSI - Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

<sup>6</sup> IFG - Informationsfreiheitsgesetz

von Arbeit und Freizeit bis hin zu den in Ihrer Tragweite noch kaum abschätzbaren Auswirkungen exzessiver Datensammlung und -verknüpfungen und dem damit verbundenen tiefen Eindringen in die Privatsphäre der Menschen.

Städte und Gemeinden haben sich jedoch nicht nur in ihrer Rolle als öffentliche Auftraggeber und Dienstgeber mit den Fragestellungen der Digitalisierung auseinander zu setzen, sondern auch in Ihrer Funktion als Keimzelle der Gesellschaft, als kleinste Einheit des sozialen Miteinanders. Hinzu kommt, dass gerade durch die fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung bei den Menschen eine Rückbesinnung auf die unmittelbare, „physisch erfassbare“ Umgebung – und das ist nun mal bei jedem Menschen eine Stadt, ein Stadtteil oder eine Gemeinde – an Bedeutung gewinnt.

Aus Sicht des Österreichischen Städtebundes erscheint es unerlässlich, sich im Rahmen der sehr begrüßenswerten „Digitalen Roadmap“-Initiative neben den sicherlich notwendigen, umsetzungs- und technikorientierten Themen auch intensiv aus gesellschaftspolitischer Sicht mit der ethischen Frage der Balance zwischen IT und der Anwendung derselben durch die Menschen zu beschäftigen.

**Vor diesem Hintergrund fordert der Österreichische Städtebund die Einsetzung einer begleitenden „Ethik-Kommission“ ein, welche die im Rahmen der „Digitalen Roadmap“ vorgesehenen Maßnahmen einer Technologiefolgenabschätzung unterzieht.** Auf diese Weise soll vermieden werden, dass im Sog des „digitalen Wettbewerbs“ der Fokus zu sehr auf das technisch Machbare gelegt und die damit einhergehenden möglichen sozialen Wechselwirkungen vernachlässigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS  
Generalsekretär